



Brüssel, den 15. November 2019
(OR. en)

14043/19

Interinstitutionelle Dossiers:

2018/0415(CNS)
2018/0416(NLE)

FISC 435
ECOFIN 990
DIGIT 168

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 15471/18 - COM(2018) 819 final
15472/18 - COM(2018) 821 final

Betr.: Durchführungsvorschriften über die Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr

a) Entwurf einer RICHTLINIE DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen

b) Entwurf einer DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG DES RATES zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 bezüglich der über elektronische Schnittstellen unterstützten Lieferung von Gegenständen oder Erbringung von Dienstleistungen sowie bezüglich der Sonderregelungen für Steuerpflichtige, die Dienstleistungen an Nichtsteuerpflichtige erbringen sowie Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte Lieferungen von Gegenständen innerhalb der Union tätigen

– Annahme

1. Die Kommission hat dem Rat am 11. Dezember 2018 im Einklang mit ihrer Mitteilung über einen Aktionsplan "Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum"¹ die beiden folgenden Gesetzgebungsvorschläge übermittelt:
 - einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen² und

¹ COM(2016) 148 final.

² Dok. 15471/18 FISC 556 ECOFIN 1192 DIGIT 253.

- einen Vorschlag für eine Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 bezüglich der über elektronische Schnittstellen unterstützten Lieferung von Gegenständen oder Erbringung von Dienstleistungen sowie bezüglich der Sonderregelungen für Steuerpflichtige, die Dienstleistungen an Nichtsteuerpflichtige erbringen sowie Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte Lieferungen von Gegenständen innerhalb der Union tätigen³.
2. Mit diesen Vorschlägen („Gesetzgebungspaket über die Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr“) sollen die detaillierten Vorschriften festgelegt werden, die erforderlich sind, um das Funktionieren der neuen Vorschriften über die Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr angesichts der Änderungen zu gewährleisten, die durch die Richtlinie (EU) 2017/2455 des Rates („Richtlinie über die Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr“)⁴, die im Januar 2021 in Kraft treten wird, eingeführt wurden. In dem Verordnungsvorschlag werden insbesondere die Situationen eindeutiger geregelt, in denen elektronische Schnittstellen wie beispielsweise ein Marktplatz, eine Plattform oder ein Portal behandelt werden, als unterstützten sie den Verkauf von Gegenständen und Dienstleistungen zwischen Nutzern; ferner wird darin festgelegt, welche Art von Informationen die Nutzer in Bezug auf Verkäufe, die über eine elektronische Schnittstelle abgewickelt wurden, speichern müssen. Des Weiteren wird darin präziser formuliert, unter welchen Umständen Marktplätze nicht verpflichtet sind, Mehrwertsteuer auf die Lieferung von Gegenständen zu entrichten, die die Mehrwertsteuer übersteigt, die für diese Lieferungen erklärt und entrichtet wurde.
 3. Der Rat (Wirtschaft und Finanzen) hat am 12. März 2019 eine allgemeine Ausrichtung zu beiden Vorschlägen festgelegt.⁵
 4. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss⁶ und das Europäische Parlament⁷ haben ihre Stellungnahmen am 15. Mai 2019 bzw. am 14. November 2019 abgegeben.

³ Dok. 15472/18 FISC 557 ECOFIN 1193 DIGIT 254.

⁴ ABl. L 348 vom 29.12.2017, S. 7.

⁵ Dok. 7245/19.

⁶ Dok. 9793/19.

⁷ P9_TA(2019)0052.

5. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, dem Rat zu empfehlen, dass er
- den Entwurf einer Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dok. 8010/19 FISC 222 ECOFIN 357 DIGIT 68) und den Entwurf einer Durchführungsverordnung des Rates zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 bezüglich der über elektronische Schnittstellen unterstützten Lieferung von Gegenständen oder Erbringung von Dienstleistungen sowie bezüglich der Sonderregelungen für Steuerpflichtige, die Dienstleistungen an Nichtsteuerpflichtige erbringen sowie Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte Lieferungen von Gegenständen innerhalb der Union tätigen, in der von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten Fassung (Dok. 8011/19 FISC 223 ECOFIN 358 DIGIT 69) auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt annimmt und
 - der Veröffentlichung der oben genannten Gesetzgebungsakte im Amtsblatt zustimmt.
